(Beginn: 15:35 Uhr - Ende: 16:03 Uhr)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Meine Damen und Herren! Ich eröffne hiermit die 46. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse - sie waren zwar angekündigt, sind aber noch nicht da; hiermit können sie sich jetzt schon begrüßt fühlen -, alle Mitglieder des Rates - liebe Kolleginnen und Kollegen, nach der Sommerpause sind Sie alle wohlbehalten zurück, hoffe ich -, die Beigeordneten und die Mitglieder der Verwaltung.

Ganz besonders herzlich möchte ich unsere neue Beigeordnete, Frau Laugwitz-Aulbach, begrüßen.

(Beifall)

Die offizielle Begrüßung wird zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt. An dieser Stelle gebührt ihr aber eine freundliche Begrüßung in unseren Reihen.

Wie Ihnen bekannt ist, war der Oberbürgermeister nach § 47 der Gemeindeordnung gehalten, aufgrund eines Antrags der Fraktion pro Köln zu dieser Sondersitzung einzuladen.

Die Fraktion pro Köln hat gestern noch einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema - Zitat - „Finanzgebaren der Stadtsparkasse“ nachgereicht

(Götz Bacher [SPD]: Es gibt keine Stadtsparkasse mehr!)

- deswegen habe ich es zitiert -, den wir als TOP 0 behandeln werden.

Obwohl wir diese Punkte ohne jeden Zweifel auch in der nächsten ordentlichen Ratssitzung am 1. Oktober 2013 hätten behandeln können, müssen wir aus formaljuristischen Gründen heute auch einige Dringlichkeitsentscheidungen genehmigen. Daher werden folgende Tagesordnungspunkte zugesetzt: 2.1, 2.2, 2.3 und 2.4 sowie in einem kurzen nichtöffentlichen Teil 1.1 und 1.2.

Dazu kommt im öffentlichen Teil unter Punkt 3.1 noch ein Nachwahlantrag von pro Köln.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich über die heutige Tagesordnung abstimmen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Gibt es dazu noch Anmerkungen oder Gegenstimmen? - Keine. Damit ist die Tagesordnung beschlossen.

Dann treten wir in die Tagesordnung ein. Wir beginnen mit:

0 Antrag der Fraktion pro Köln auf Durchführung einer Aktuellen Stunde der Fraktion pro Köln zum Thema „Unredliches Finanzgebaren der Stadtsparkasse zur Alimentierung der Links-Autonomen Szene in Köln sowie etwaiges rechtswidriges Handeln des Stadtdirektors bei der kostenfreien Überlassung einer städtischen Liegenschaft zum finanziellen Nachteil der Stadt Köln bzw. ihrer Bürger“

Wer spricht? - Bitte schön.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie schon unser Rubrum zitieren, dann sollten Sie vielleicht auch vollständig zitieren. Das Thema der Aktuellen Stunde lautet:

> Antrag der Fraktion pro Köln auf Durchführung einer Aktuellen Stunde der Fraktion pro Köln zum Thema „Unredliches Finanzgebaren der Stadtsparkasse zur Alimentierung der Links-Autonomen Szene in Köln sowie etwaiges rechtswidriges Handeln des Stadtdirektors bei der kostenfreien Überlassung einer städtischen Liegenschaft zum finanziellen Nachteil der Stadt Köln bzw. ihrer Bürger“

Darum geht es heute. Und das ist natürlich mehr als aktuell. Das ist ein Skandal allererster Güte. Inzwischen ist ja bundesweit bekannt, wie die linksextreme Szene hier in Köln von Teilen der Stadtverwaltung und linken Seilschaften in der Kölner Stadtpolitik gehätschelt wird. Wir sind nicht die Einzigen, die das sagen. Es gibt genauso kritische Stimmen aus der CDU und aus der FDP, die einen ähnlichen Tenor anschlagen - völlig zu Recht; denn es ist ein Unding, was wir hier in den letzten Jahren erleben mussten.

Ich möchte nur kurz rekapitulieren. Über einige Jahre war im Stadtteil Kalk die ehemalige KHD-Werkskantine von der militanten linksextremen Szene besetzt worden - ein absolut illegaler,

rechtswidriger Akt, der zwischenzeitlich vor einigen Jahren dann auch von der Polizei beendet werden sollte. Aber auch schon damals haben linke Kräfte aus der Kölner Stadtpolitik interveniert und diesen unhaltbaren, illegalen Zustand zu allem Überdruss dann auch noch mit einer Zwischenlösung legalisiert. Es wurde also illegale Hausbesetzung im Nachhinein legalisiert, weil die Hausbesetzer aus einem politischen Lager kommen, dem sich manche hier im Rat offensichtlich auch zugehörig fühlen.

Das ist ja der Skandal, den wir seit Jahren erleben: dass es keinerlei Abgrenzung nach links außen gibt, dass alles - links extrem, links Mitte - verschwommen ist, dass die politischen Gewichte hier völlig verschoben wurden und dass man sogar militante Gesetzesbrecher dort duldet, dort hätschelt und dort unterstützt.

Wir haben dort also eine jahrelange Besetzung erleben müssen. Die Anwohner wurden terrorisiert - durch nächtelanges Lärmen, durch Vandalismus, durch aggressives Pöbeln, durch den politischen Unsinn, den diese Gruppen dort verzapft haben. Sprechen Sie doch einmal mit den Anwohnern aus der Wiersbergstraße. Sprechen Sie doch einmal mit den Betroffenen im Stadtteil Kalk.

Aber da haben Sie offensichtlich die Bodenhaftung verloren. Das interessiert Sie nicht. Für die Probleme der normalen einheimischen Bevölkerung haben Sie kein Ohr. Sie kungeln jetzt lieber wieder Ihre Sachen während einer laufenden Sitzung aus und kommen Ihrer Mandatspflicht nicht nach - so wie Herr Frank, der offensichtlich wenig Interesse an Kommunalpolitik hat und der sich hier wahrscheinlich gerade für seine eigenen Belange einsetzt.

Wir haben dort einen regelrechten Sumpf entstehen lassen. Die Kölner Stadtpolitik hat zugesehen und nichts dagegen unternommen.

Als dann endlich auf Druck von pro Köln, durch mehrere Demonstrationen erzwungen, der Kölner Stadtrat im Jahr 2012 nachgeben musste, als wir Sie durch unseren permanenten Druck gezwungen hatten, zu entscheiden, dass die Werkskantine geräumt wird, ging der Sturm erst richtig los. Es wurden sogar SPD-Politiker bedroht, als eine polizeiliche Räumung im Raum stand. Ein SPD-Büro im Stadtteil Kalk musste vorübergehend geschlossen werden. Es gab nächtliche Hausbesuche etc. pp.

Und was macht man hier in Köln, anstatt jetzt endgültig mit diesem Problem auf rechtsstaatliche Art und Weise aufzuräumen und das wirklich langfristig zu beenden? Man schickt Emissäre vor. Irgendwelche dubios beauftragten Gewerkschaftssekretäre maßen sich an, hier für die Stadt zu verhandeln. Es gibt Geheimverhandlungen. Der Rat wird getäuscht. Die Öffentlichkeit wird von Ihnen getäuscht. Die Bevölkerung in Kalk wird von Ihnen getäuscht.

Wir werden das den Bürgern nahebringen. Wir werden die Bürger darüber aufklären, was Sie mit ihnen veranstalten. Wir haben auch schon die Anwohner in der Südstadt aufgeklärt. Sie sind sehr „erfreut“ über das, was Sie ihnen jetzt angetan haben; denn der Punkt ist doch: Erpressung und linksextreme Gewaltandrohungen werden mit der Zuweisung eines weiteren kostenlosen städtischen Grundstücks belohnt.

Pfui Teufel, kann ich da nur sagen. Pro Köln geht hier mit den Anwohnern, mit jedem anständigen Bürger, auf die Barrikaden. Wir werden dafür sorgen, dass Sie im nächsten Jahr die verdiente Quittung dafür an der Wahlurne erhalten werden.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ihre Zeit ist abgelaufen, Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Ich denke, wir sind sonst auch nicht so exakt, wenn es hier um Redezeiten geht.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Doch, ich bin immer sehr exakt. Die Redezeit ist jetzt beendet. Die fünf Minuten sind um.

Markus Wiener (pro Köln): Dieses Thema ist sehr wichtig. Ich lasse mich jetzt nicht von Ihnen abwürgen. Es ist hier guter Stil, dass man natürlich noch - -

(Das Mikrofon wird abgeschaltet - Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lasse jetzt abstimmen.

(Markus Wiener [pro Köln] setzt seine Ausführungen fort)

- Die Aktuelle Stunde ist beendet.

(Markus Wiener [pro Köln]: Der Stadtdirektor hat zu erklären, wie er so etwas als laufendes Geschäft - -)

- Jetzt hören Sie doch mit Ihrem Geschrei auf. Deswegen haben Sie nicht mehr recht. Ich erwarte, dass Sie jetzt das Rednerpult verlassen. Meine Güte!

(Glocke der Bürgermeisterin - Beifall bei der SPD - Markus Wiener [pro Köln]: Das ist rechtswidrig! Sie können hier nicht - -)

- Jetzt halten Sie endlich den Mund.

(Markus Wiener [pro Köln]: Nein, ich halte nicht den Mund! - Gegenruf von Dr. Ralph Elster [CDU]: Hören Sie auf! - Markus Wiener [pro Köln]: Sie haben hier nicht die Zeit so exakt abzustellen! Es ist völlig - -)

- Ich darf Sie herzlich bitten, das Pult jetzt dringend zu verlassen.

(Markus Wiener [pro Köln]: Ich verlange abschließend, dass der - -)

- Sie haben nichts zu verlangen. Sie gehen jetzt weg.

(Markus Wiener [pro Köln]: Lassen Sie mich bitte diesen Satz - -)

- Nein, ich lasse Sie nicht zu Ende reden.

(Markus Wiener [pro Köln]: Herr Stadtdirektor, erklären Sie, warum das - -)

- Hier erklärt niemand etwas. Sie haben jetzt kein Rederecht mehr. Schluss, aus!

(Markus Wiener [pro Köln]: Aber ich habe eine Frage an den Stadtdirektor! Das will ich geklärt haben! - Beifall bei pro Köln)

- Das können Sie woanders machen, aber nicht jetzt in der Ratssitzung. Ihre Redezeit ist beendet.

(Beifall bei der SPD, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Gibt es weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen? - Wie ich sehe, ist das nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dafür? -

(Karel Schiele [pro Köln]: Lächerlich!)

Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das abgelehnt.

Nun kommen wir zu dem Antrag von pro Köln, der uns die heutige Sitzung beschert hat, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zurufe von pro Köln)

- Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

(Markus Wiener [pro Köln]: Sie haben unsere Stimmabgabe nicht richtig protokolliert!)

- Sie sind nicht dran. Herr Uckermann hat das Wort.

(Markus Wiener [pro Köln]: Das macht natürlich die Geschäftsführung! Sie haben unser Abstimmungsverhalten nicht richtig protokollieren lassen!)

- Sie haben sich nicht gemeldet. Das ist hier haarklein festgehalten worden.

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

- Wir nehmen das zu Protokoll.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Wir beantragen, dass dieses Thema in die zuständigen Fachausschüsse verwiesen wird, um es dort weiter zu behandeln. Auch wenn der Stadtdirektor jetzt hier die Arbeit verweigert, werden wir natürlich an der Sache dranbleiben. Wir bitten, jetzt auch darüber abzustimmen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer ist dafür? - Pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den eigentlichen Antrag von pro Köln abstimmen. Wer ist dafür, dass sich die Sache erledigt hat? -

(Lachen bei pro Köln)

Das hat sich erledigt. Dafür sind wir alle. Wunderbar. Wer ist dafür, dass sich die Sache nicht erledigt hat? - Das ist pro Köln. Das wird protokollarisch festgehalten. Damit ist die Sache erledigt.

Wir kommen nun zu dem Antrag von pro Köln, der uns die heutige Sitzung beschert hat:

1 Antrag der Fraktion pro Köln zum Thema „Kindesmissbrauch ächten - Aufarbeitung pädophiler bzw. Pädophilie verharmlosender Strukturen auch in der Kölner Politiklandschaft“

Wer spricht? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Die Bürgerbewegung pro Köln ist eben die Fraktion im Rat, die die Sachen aufgreift, die Sie gerne erledigen möchten. Immer, wenn es Ihnen unangenehm wird, fangen Sie nämlich an, zu sagen, die Sachen seien erledigt.

Ich finde es auch bemerkenswert, Frau Vorsitzende, wie Sie hier die Sitzung leiten.

(Markus Wiener [pro Köln]: Ja!)

Ich sehe hier den Postkommunisten, den SED-Nachfolge-Vorsitzenden, mit dem Stadtdirektor schwatzen.

(Zurufe von der SPD: Hey!)

Eben, als es um ein elementares Thema ging, hat der Stadtdirektor geschwiegen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Uckermann, mäßigen Sie sich in Ihrer Ausdrucksweise, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich mäßige mich immer in meiner Ausdrucksweise.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann beginnen Sie damit.

Jörg Uckermann (pro Köln): Aber angesichts der Methoden, die Sie hier anwenden, halte ich das für angemessen. Wir sind ordentlich gewählte Ratsmitglieder und vertreten die Bürger der Stadt Köln. Wir verlangen, dass das in einer anständigen Art und Weise geschieht.

(Beifall bei pro Köln)

Meine Damen und Herren, kommen wir nun zu dem nächsten Skandal, nämlich dazu, wie die Grünen versuchen, den Skandal um die Pädophilie zu unterdrücken, wie sie versuchen, abzulenken, so wie wir das eben erlebt haben. Aber das macht unsere Fraktion nicht mit. Wir haben das erkannt. Wir haben die Befürchtungen der Bevölkerung aufgegriffen und gesagt: Selbstverständlich bringen wir so etwas vor den Rat der Stadt Köln.

Die Grünen sind keine Partei von Pädophilen und Kinderschändern. Aber Pädokriminelle, die Sex mit Kindern praktizieren und legalisieren wollten, waren in ihrer Mitte - oder auch Mütter und Väter, die alles Bürgerliche verachteten und glaubten, sexueller Kontakt mit Kindern sei revolutionär.

Ob sich aus diesem Handeln von damals ein Schuldbewusstsein entwickelt hat, weiß niemand. Die Revolutionäre von einst schweigen.

Aber pro Köln schweigt bei dieser Angelegenheit nicht, meine Damen und Herren,

(Beifall bei pro Köln)

auch wenn es Ihnen lieber wäre, dass man zur Tagesordnung übergeht und Sie neue Problemchen erfinden können, für die Sie immer Lösungen haben - den Veggie-Tag oder sonstige Verbote.

Wir sind für Kinder und Jugendliche verantwortlich. Und wir fragen: Wo sind denn die Mitglieder der Grünen, die ja nachweislich hier in Köln einen ihrer stärksten Kreisverbände haben, der den Landesverband Nordrhein-Westfalen dominiert, unter ihrem Bundestagsabgeordneten Volker Beck? Wo sind diese Leute heute? Bei Herrn Beck wissen wir das. Er ist im Bundestag. Aber wo sind denn seine Mitstreiter? Arbeiten die jetzt beim Jugendamt und organisieren Ferienlager für Kinder?

Das wollen wir alles wissen. Sie schreien immer nach Ganztagsbetreuung. In diesem Zusammenhang möchten wir das natürlich wissen und sicherstellen, dass unsere Kinder da sicher sind und dass die Sexonkel von einst dort nicht weiter tätig sind.

(Beifall bei pro Köln)

Das ist hier unsere Aufgabe. Herr Frank und Frau Moritz, da sollten Sie ein bisschen mehr Demut und Interesse zeigen - auch wenn die Sitzung erst eine Viertelstunde gedauert hat. Ich weiß, Konzentrationsstärke ist nicht jedem gegeben. Aber das ist ein elementares Thema.

Da nehmen wir Sie in die Pflicht. Wir hätten uns gewünscht, dass Sie zu dieser Sitzung die von pro Köln geforderten Erklärungen vorgelegt hätten. Wir hätten nämlich gerne, dass Sie die Sitzungsunterlagen Ihrer Arbeitskreise und Fraktionsarbeitskreise zur Verfügung stellen, dass Sie dem Ältestenrat Akteneinsicht gewähren, damit man einmal mitbekommt, wer denn damals dabei mitgearbeitet hat, dass die ganzen Sexonkel in den Kindergarten und die Jugendbetreuung hineinkommen.

Das wollen wir alles wissen. Das sind wir den Opfern schuldig. Die Grünen sind doch sonst immer die Partei der Aufklärer. Nein, das geschieht alles immer nur verdeckt, um Ihre Geilheit politisch zu verbrämen. Das zeigen wir Ihnen vollkommen klar und lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

Die ganzen Menschen, die dadurch geschädigt wurden, dass man weggeschaut hat, die ein Leben lang unter den Schäden zu leiden haben, haben wir zu schützen. Deren Würde haben wir zu schützen.

Wir haben natürlich auch dafür zu sorgen, dass sich so etwas nicht wiederholt, meine Damen und Herren. Deshalb muss es hier entsprechende Maßnahmen geben.

Ich sage Ihnen auch: Dass wir dieses Thema ansprechen, ist der erste Teil. Wir haben ja gehofft, dass die Grünen von selbst reagieren. Sie sind doch sonst immer für Transparenz. Wo ist denn die Transparenz?

Lassen Sie doch, wie wir gefordert haben, den Ältestenrat diese Akten einsehen, damit wir Klarheit haben, wer heute vielleicht noch beim Jugendamt aktiv ist. Wir haben beim Jugendamt 6 300 Mitarbeiter - je nachdem, wie man zählt. Es muss sichergestellt sein, dass es nicht Kollegen von Volker Beck sind, die dort tätig sind, meine Damen und Herren.

Wir hätten uns natürlich auch gewünscht, dass es einen neutralen Ombudsmann für Opfer gibt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Nein, wir kommen nicht zum Schluss. Wir fangen gerade erst an. Die Sitzung hat ja gerade erst begonnen. Da ist noch einiges zu sagen.

Wir fordern also, dass die Grünen hier beispielsweise benennen, welche Mitglieder und Sympathisanten - -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Uckermann, Ihre Redezeit ist beendet.

Jörg Uckermann (pro Köln): Die Redezeit ist für heute beendet. Sie wissen, dass ich sehr gerne diese Regeln hier achte.

Pro Köln bleibt an dem Thema dran und wird jetzt in den Fachausschüssen auch die entsprechenden Anträge stellen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen. Wer ist dafür? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zu:

2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu Tagesordnungspunkt 2.1:

2.1 Erweiterungsbau mit Kammermusiksaal für das Humboldtgymnasium Kartäuserwall 40 in 50678 Köln-Altstadt/Süd, 1. Bauabschnitt Baubeschluss 1426/2013/1

Hier hat der Hauptausschuss die Alternative 2 beschlossen. Entsprechend sollten wir das auch so genehmigen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es

Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist diese DE angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 2.2:

2.2 Neubau der Kindertageseinrichtung Drachenfelsstraße 20, 50939 Köln, als Ersatzbau für die temporäre Kindertageseinrichtung auf dem Grundstück Kaisersescher Straße 5 Baubeschluss 1977/2013/1

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist auch diese DE einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 2.3:

2.3 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-0-6605 Generalinstandsetzung von Straßen (hier: Generalinstandsetzung Anschlussstrecken Tunnel Kalk), Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen 2603/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist auch diese DE einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 2.4:

2.4 Stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlage BAB1 - Rheinbrücke Leverkusen 2828/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Frau Vorsitzende, Sie nennen hier ja immer ganz verklausuliert nur die Zahlen. Worum geht es bei Tagesordnungspunkt 2.4 denn in der Sache? Es geht darum, dass Sie weitere Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen in Köln aufstellen wollen, um von den Autofahrern Geld zu bekommen - eine Art versteckte Maut. Sie wollen das jetzt auf einer Rheinbrücke tun. Ich weiß nicht, ob das in der Vorlage - sie ist ja sehr umfangreich - noch für weitere Rheinbrücken geplant ist. Sie wollen also von den Autofahrern Geld bekommen, wenn sie die Brücke befahren - in der Hoffnung, dass sie das zu schnell tun.

Wir haben eher den Wunsch, dass Sie sich tatsächlich einmal um unsere maroden Brücken kümmern, anstatt sich immer nur neue Verbote einfallen zu lassen.

Ich kann auch nicht erkennen, worin hier die Dringlichkeit besteht. Wir haben in Köln genug Schikanen für Autofahrer. Wir sehen überhaupt nicht ein, dass das jetzt hier auf die Schnelle unter Tagesordnungspunkt 2.4 geschieht und in der umfangreichen Vorlage überhaupt nicht benannt wird, was Sache ist.

Ich verlange zumindest, dass der zuständige Dezernent uns das hier noch einmal erläutert, bevor wir der weiteren Abzocke zustimmen. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Stadtdirektor.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das muss nicht erläutert werden! Wir wissen das schon!)

Stadtdirektor Guido Kahlen: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Uckermann, die Vorlage ist, glaube ich, selbsterklärend.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Markus Wiener [pro Köln]: Warum sitzen wir dann hier?)

- Es geht um die Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung, die in der Tat schon getroffen worden ist.

Ich möchte hier aber ganz deutlich Folgendes sagen: Diese Tempo-60-Begrenzung ist extra eingeführt worden, damit wir weiterhin einen gewissen fließenden Verkehr haben und um zu verhindern, dass es Ausweichverkehre durch diese Stadt über ebenfalls in der Geschwindigkeit und in der Traglast beschränkte Brücken gibt. Wir haben nach der ersten Tempobegrenzung und Gewichtsbegrenzung im Dezember letzten Jahres erlebt, dass sofort

zahlreiche Lkws über die Mülheimer Brücke den Rhein überquert haben.

Es geht jetzt hier darum, dass wir es hinbekommen, in der Zeit bis zum Neubau der Leverkusener Brücke 2020 diese Verkehre im Fluss zu halten und auf dieser Brücke nicht zwangsläufig noch weitere Einschränkungen, insbesondere für den Lkw-Verkehr, zu bekommen. Das dient auch dem innerstädtischen Verkehr und vermeidet Blockaden in der Stadt.

Deshalb haben wir ein Interesse daran, dass die zahlreichen Geschwindigkeitsüberschreitungen, die wir ja durch die Polizei schon haben feststellen lassen, jetzt auch tatsächlich ein Ende haben. Sonst riskieren wir massenhafte Verkehre mit Überlast über unsere städtischen Brücken.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Stadtdirektor.

Markus Wiener (pro Köln): Gestatten Sie bitte eine Nachfrage. - Herr Stadtdirektor, Sie erklären das jetzt damit, dass es quasi sachlich geboten ist usw. Nun habe ich heute der Presse entnommen, dass da mit einer saftigen Mehreinnahme kalkuliert wird. Ich habe von 12 Millionen Euro gelesen. Ob das für jede Stadt, Köln und Leverkusen, oder für beide Städte zusammen gilt, weiß ich jetzt nicht. Auf jeden Fall wird offensichtlich mit einer Mehreinnahme in Millionenhöhe gerechnet.

Jetzt haben Sie dargelegt, dass es nur um die Verkehrssicherheit und die Verhinderung unerwünschter Verkehrsflüsse gehe, dass das Geld also überhaupt keine Rolle spielt und man nicht auf Geldschneiderei aus ist.

Vor diesem Hintergrund lautet meine Frage: Ist eine ausreichende Warnbeschilderung geplant? Gibt es also Hinweise, dass hier geblitzt werden wird, und zwar auch mehrfach und eingängig, damit die Leute hier nicht in eine Falle tappen?

(Henk van Benthem [CDU]: Das steht alles in der Vorlage!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ja. Da kann man eigentlich mit Ja antworten.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Wiener, damit das wirklich klar ist, erlaube ich mir doch noch folgenden Hinweis: In der Vorlage wird extra darauf hingewiesen, dass wir natürlich auch mit dem Effekt rechnen, dass sich die dauerhaften Nutzer dieser Brücke dann endlich doch an die Geschwindigkeitsbegrenzung halten. Wie gesagt, hat es bisher nicht funktioniert. Sie wissen aus Erfahrung, dass schon die Einführung der Gurtpflicht ohne Verwarngeld von niemandem ernst genommen wurde. Kaum war das Verwarngeld als Sanktion in Kraft gesetzt worden, hat die Gurtpflicht gewirkt.

Unser Ziel ist hier nicht eine Geldeinnahme, sondern eine Absenkung der Geschwindigkeit; denn diesen Effekt brauchen wir. Wenn wir weniger Schwingungen haben, kann die Brücke auch länger halten. Sie haben jetzt schon gesehen, dass der Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen permanent nachschweißen musste, weil die Reparaturen den Überforderungen nicht haben standhalten können.

(Markus Wiener [pro Köln]: Gibt es jetzt Hinweisschilder oder nicht?)

- Das haben wir auch bei der Zoobrücke so praktiziert. Dort hat sich bisher niemand darüber beschwert, dass er nicht ordentlich vorgewarnt worden wäre, was die Radaranlagen angeht, die dort in beiden Fahrtrichtungen vorhanden sind. Hier machen wir natürlich auch eine ausreichende Warnbeschilderung oder Hinweisbeschilderung.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Damit ist die Frage beantwortet. Schönen Dank. - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Stadtdirektor, vielen Dank, dass Sie Stellung genommen haben. - In Ihrem Eingangsstatement haben Sie gesagt, das sei ohnehin schon beschlossen. Dann frage ich mich: Was machen wir als Stadtrat eigentlich hier? Wir verlangen selbstverständlich, Herr Kahlen, bei diesen Beratungen - -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Stellen Sie die Nachfrage, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ja, natürlich.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Sie wollten eine Nachfrage stellen. Dann formulieren Sie sie jetzt bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Meine Nachfrage ist folgende - - Das heißt: Ich muss ja erst einmal eine Prämisse formulieren.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Das können Sie vorher für sich machen. Bitte stellen Sie jetzt die Nachfrage.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich weiß, dass Ihnen das unangenehm ist. Aber trotzdem ist dieses Thema wichtig. Wir sind erst heute damit konfrontiert worden, und ich möchte es ausreichend diskutieren.

Ich möchte einfach wissen, warum wir Brücken haben, die denen der Westukraine ähneln - wenn man zu schnell fährt, kracht die Brücke ein. Etwas dagegen zu unternehmen, ist doch viel wirksamer, als die Leute auch noch abzuzocken. Wenn Sie es auf der einen Brücke einführen, dann fahren die Leute über die andere Brücke, wenn sie dort einmal eine Knolle bekommen haben. Und ich kenne doch die Verwaltung. Die wird daraufhin sagen: Dann machen wir das jetzt auf allen Brücken. - Das wollen wir jetzt hier verhindern. Uns ist es überhaupt nicht klar, warum Sie dort solche Bezahlautomaten aufstellen, mit denen die Leute im Prinzip hinterrücks geknipst werden.

Ich möchte auch der Aussage des Stadtdirektors widersprechen, die Menschen seien zufrieden, wenn sie auf der Zoobrücke abgezockt würden. Damit sind sie auch nicht zufrieden.

Diese ganzen Äußerungen, die Sie hier dem Rat dargelegt haben, sind einfach nicht ausreichend, um Ihrem Anliegen zuzustimmen. Darum wird die Fraktion pro Köln das auch ablehnen. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann lasse ich jetzt über die DE unter TOP 2.4 abstimmen. Wer ist dafür? - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU und die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Die FDP enthält sich. Damit ist diese DE ebenfalls genehmigt. - Vielen Dank.

Nun kommen wir zu:

3 Wahlen

3.1 Umbesetzung Kulturausschuss AN/1037/2013

Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Damit sind wir am Ende der öffentlichen Sitzung.

(Schluss: 16:03 Uhr)